

Knoche, Manfred

Book Part — Published Version

Medien, Journalismus und Öffentlichkeit im Familien-Privateigentum. Zur Kritik der politischen Ökonomie kapitalistischer Medienunternehmen

Suggested Citation: Knoche, Manfred (2023) : Medien, Journalismus und Öffentlichkeit im Familien-Privateigentum. Zur Kritik der politischen Ökonomie kapitalistischer Medienunternehmen, In: Güney, Selma Hille, Lina Pfeiffer, Juliane Porak, Laura Theine, Hendrik (Ed.): Eigentum, Medien, Öffentlichkeit, Westend Verlag, Frankfurt am Main, pp. 55-75, <https://doi.org/10.53291/ZNWQ4333>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/278816>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Medien, Journalismus und Öffentlichkeit im Familien-Privateigentum. Zur Kritik der politischen Ökonomie kapitalistischer Medienunternehmen

Manfred Knoche

Keywords: *Privateigentum an Produktionsmitteln, Öffentlichkeit, Journalismus, Kritik der politischen Ökonomie der Medien*

Knoche, Manfred. 2023. Medien, Journalismus und Öffentlichkeit im Familien-Privateigentum. Zur Kritik der politischen Ökonomie kapitalistischer Medienunternehmen. In: *Eigentum, Medien, Öffentlichkeit. Verhandlungen des Netzwerks Kritische Kommunikationswissenschaft*, herausgegeben von Selma Güney, Lina Hille, Juliane Pfeiffer, Laura Porak und Hendrik Theine, 55–75. Frankfurt am Main: Westend. <https://doi.org/10.53291/ZNWQ4333>.

Abstract

In diesem Beitrag werden im Kontext einer Kritik der politischen Ökonomie der Medien die grundsätzlichen Auswirkungen des weltweit herrschenden kapitalistischen Privateigentums an Medienunternehmen auf Medienentwicklung, Journalismus und Öffentlichkeit exemplarisch aufgezeigt. Theoretisch-methodische Basis sind ausgewählte Marx-Engels-Werke und daran kritisch anknüpfende aktuelle Weiterentwicklungen der »Neuen Marx-Lektüre« und des »Westlichen Marxismus«. Charakteristisch ist ein wechselseitiges Bedingungsverhältnis von gesellschaftlich-ökonomischer Basis und politisch-rechtlichem Überbau, welches eine »Abschaffung« dieses Privateigentums und der damit verbundenen Herrschafts- und Machtverhältnisse nahezu verunmöglicht. Deshalb werden Möglichkeiten einer

Ent-Kapitalisierung und De-Kommodifizierung von Journalismus und Öffentlichkeit auf Basis nicht-kapitalistischer Eigentumsformen erörtert. Eine besondere Realisierungschance wird für Wissenschaftspublikationen ohne kapitalistische Verlage gesehen, da die Wissensproduktion an öffentlich-rechtlichen Universitäten erfolgt. Abschließend wird ein Strategiewechsel angeregt: raus aus bürgerlich-liberaler Kritik- und Hoffnungsfalle hin zur Entwicklung von Medien- und Gesellschaftstheorien sowie aktiver Beteiligung an der Organisation einer eigenständigen inhaltlichen Medienpraxis, die für eine Transformation zu einer sozialistischen Gesellschaftsformation förderlich sein können.

Manfred Knoche | Universität Salzburg | manfred.knoche@plus.ac.at

1 Wissenschaftlich-gesellschaftspolitischer- medienpolitischer Problemzusammenhang

Die Eigentumsfrage, speziell die Problematik des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln, gehört zu den Grundsatzfragen wissenschaftlich-gesellschaftspolitischer Analysen zu Gesellschaftsformationen (Leibiger 2022). Insbesondere auf Basis der Marx-Engels'schen Kapitalismuskritik ist dieses Privateigentum ein Schlüsselement für Auseinandersetzungen zwischen den Gesellschaftsformationen Kapitalismus versus Sozialismus beziehungsweise Kommunismus, aber auch zwischen Revolutionen und Reformen (Brinkmann 2004) innerhalb des Kapitalismus (Krämer 2015). Verbunden damit ist die Entgegensetzung von Markt- und Staatswirtschaft, von Wettbewerb und Planung, von Austausch und Verteilung der Waren beziehungsweise Produkte.

Fast ausnahmslos wird in kapitalistischen Gesellschaften in allen Wissenschaften das Privateigentum an Produktionsmitteln in Theorie und Praxis *nicht* grundsätzlich infrage gestellt. Im Gegenteil: Die privatwirtschaftliche Organisationsform wird zumeist, insbesondere auch in der Medien- und Kommunikationswissenschaft sowie in der Medienpolitik, als unabdingbare Voraussetzung für freie und unabhängige Medien im Kontext einer Demokratie bezeichnet.

Kurioserweise stellen sogar Mitglieder der Fachgruppe Medienökonomie der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft das im Kapitalismus herrschende Familien-Privateigentum an Medienunternehmen nicht infrage (Lobigs und von Nordheim 2014). Stattdessen verkündet beispielsweise Altmeyen (2014) realitätswidrig: »Journalismus ist kein Geschäftsmodell – und wird nie eines werden.«¹

2 Denkweise, theoretisch-methodische Herangehensweise, Analysemethode

Bei der Entwicklung einer spezifischen medien- und kommunikationswissenschaftlichen Kritik der politischen Ökonomie der Medien geht es nicht um einen Zweig der Wirtschaftswissenschaften, sondern um die adäquate Anwendung und Weiterentwicklung der in Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften/Ökonomik, Soziologie, Philosophie und Psychologie verfügbaren kritisch-politisch-ökonomischen Ansätze. Theoretisch-empirische Basis sind die Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie, wie sie sich in den Marx-Engels-Werken (MEW) findet (Marx 1962 [1867, 1890]; 1989 [1894]; 2009; Marx und Engels 1990 [1846–1848]; 1990 [1845/46]; 2015 [1859/60]; Marx 1953 [1857/1858]), und daran kritisch anknüpfende aktuelle Weiterentwicklungen, unter anderem unter den Labels »Neue Marx-Lektüre« (Hoff 2006; Reichelt 2008) und »Westlicher Marxismus« (Behrens und Hafner 2017; Elbe 2008). Diese stützen sich zum Teil auf die neue historisch-kritische Marx-Engels-Gesamtausgabe MEGA² (Hecker 2018). Da das Marx'sche Werk unvollendet, zum Teil widersprüchlich und mit Irrtümern behaftet ist, gilt es, in kritischer Weise »Auf den Schultern von Karl Marx« (Sablowski et al. 2021) »Mit Marx über Marx hinaus« (Rünzi 2019; van der Linden und Roth 2009) zu gelangen.

Grundlegend sind Besonderheiten der Marx'schen Denkweise (Bohn 2021; Heinrich 2005), speziell die »Eigenart der Marx'schen

1 Dagegen: »Befreiung von kapitalistischen Geschäftsmodellen« (Knoche 2014).

Kritik der politischen Ökonomie« (Krätke 2017), und die darauf basierenden zentralen wissenschaftlichen Erkenntnisse. Kennzeichnend für Marx' angewandte Methode (Marx und Engels 2015 [1859/60]) ist sein Denken in materialistischer Dialektik und Widersprüchen, die Verbindung von Historischem und Logischem, von Theorie und Empirie, von Struktur und Handeln. Basis der Theorie ist ein radikal-kritisch abstrahierendes Erkennen und Begreifen von Wesentlichem, Grundlegendem der Entwicklung gesellschaftlicher Herrschafts- und Machtverhältnisse.

Ursprünglicher Ausgangspunkt der Entwicklung einer speziellen Kritik der politischen Ökonomie der Medien war die Einsicht, dass im Rahmen der kommunikationswissenschaftlichen Teildisziplin Medienökonomie eine dominante, auf wirtschaftswissenschaftliche Probleme im Interesse der Medieneigentümer*innen beschränkte Theorieentwicklung nur sehr begrenzt gegenstandsadäquat und deshalb auch wissenschaftlich-politisch nicht zu verantworten ist. Gängige, vorrangig moralische Kritiken an einer Ökonomisierung und Kommerzialisierung sowie an Auswüchsen und Missständen greifen zu kurz, da sie Oberflächenphänomene anstelle von Grundsatzproblemen thematisieren.

Im *Handbuch Medienökonomie* findet man einen aktuellen Überblick über die bisherige Entwicklung einer Kritik der politischen Ökonomie der Medien und Kommunikation (Sevignani 2020). Weit über meine eigenen Bemühungen (Knoche 2002; 2005b)² hinausgehend hat Christian Fuchs diesen Ansatz international weiterentwickelt (siehe Fuchs in diesem Band; 2017b; 2020b; Fuchs und Mosco 2016) und auch eindrucksvoll als »hochaktuellen Ansatz« in die deutschsprachige Publizistik- und Kommunikationswissenschaft eingebracht (Fuchs 2017a).

Integral ist hierbei eine Entwicklung der Medien- und Kommunikationswissenschaft von einer Geistes- und Sozialwissenschaft zu

2 Da die Problematik des Privateigentums an Medienunternehmen und die privatwirtschaftliche Organisationsform der Medien seit 1972 (Knoche 1972a; 1972b) zu meinen wissenschaftlichen Forschungsgebieten gehört, muss ich zur Vermeidung des Vorwurfs des Selbstplagiats einige Selbstzitationen in diesen Beitrag einfügen.

einer Gesellschaftswissenschaft. Dies vor allem deshalb, weil die Medienproduktion und -konsumption elementare, unverzichtbare, gesamtökonomische und gesamtgesellschaftliche politisch-ideologische Funktionen für die Herrschafts- und Machtsicherung sowie für die stabilisierende Weiterentwicklung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsformation erfüllt. Die Entwicklung einer eigenständigen Kritik der politischen Ökonomie der Medien ist vor allem auch deshalb erforderlich, weil sowohl in der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie als auch in den meisten Anwendungen und Weiterentwicklungen in verschiedenen Wissenschaften der Gegenstandsbereich »Medien« nicht oder nur marginal behandelt wird.

Es wäre ein Widerspruch in sich, eine derartige Theorie ohne den kapitalismuskritischen Impetus zu entwickeln, der der Marx'schen Analyse und Theorie zugrunde liegt. Es geht dabei um die Überprüfung der Brauchbarkeit der Wissenschaft von Marx und Engels für den Gegenstandsbereich Medien und Kommunikation im Kapitalismus (Fuchs 2020a; Knoche 1999a; 2001).

3 Kritik an Auswirkungen des kapitalistischen Familien-Privateigentums an Medienunternehmen

3.1 Wechselseitiges Bedingungsverhältnis: Gesellschaftlich-ökonomische Basis und politisch-rechtlicher Überbau

Die Produktion und Reproduktion des kapitalistischen Privateigentums, insbesondere die damit verbundenen Produktions- und Warenaustauschverhältnisse sind für Marx zentraler Untersuchungsgegenstand (Gey 1980; Römer 1978; Stein 2018).

In allen Mediensektoren gibt es weltweit fast ausnahmslos Medienunternehmen, die auf kapitalistischem Privateigentum an Produktionsmitteln basieren. Ich konzentriere meine kritische Analyse *beispielhaft, allerdings mit spezifischen Aspekten*, auf solche mit journalistischer Produktion in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Mediensektor ist, wie empirisch vielfach dokumentiert, das kapitalis-

tische Familien-Privateigentum dominant (Heimeier 2013; Ferschli et al. 2019).

Die gegenwärtig nach wie vor gültigen und wirksamen Grundlagen zur Sicherung dieses Privateigentums wurden nach dem Zweiten Weltkrieg für den Pressesektor wie für die gesamte Wirtschaft gelegt (Knoche 1978). Es kam zur »verschenkten Presse« (Liedtke 1982), das heißt, den ursprünglich eigentumslose Lizenzträger als Herausgeber der Zeitungen wurden von den amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsmächten Eigentumsrechte an den Presseunternehmen ohne Gegenleistung übertragen. Damit verbunden war die *klassenmäßige Trennung* zwischen kapitalistischen Eigentümern (darunter ehemalige Journalisten als ursprünglichen Lizenzträgern) und Journalist*innen als lohnabhängigen Arbeitskräften. In den 1980er Jahren folgten Privatisierungen im Hörfunk- und Fernseh-Sektor sowie im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien. Schließlich folgte 1989/1990 die Aneignung der DDR-Medien durch die etablierten westdeutschen kapitalistischen Medienunternehmen (Tröger 2019).

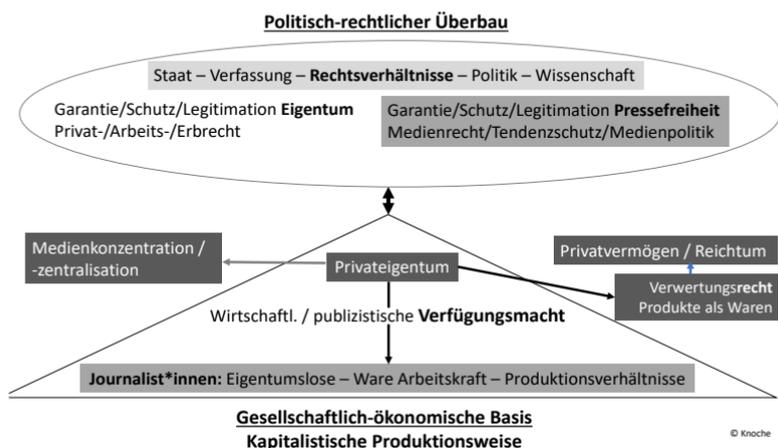


Abb. 1: Gesellschaftlich-ökonomische Basis und politisch-rechtlicher Überbau.

Insbesondere zur Beurteilung realer Möglichkeiten der Veränderungen von Eigentumsformen bedarf es einer Analyse der Auswirkungen

gen des kapitalistischen Privateigentums. Grundlegend ist hierzu ein wechselseitiges Bedingungsverhältnis von gesellschaftlich-ökonomischer Basis und politisch-rechtlichem Überbau (Abbildung 1). Permanenter Auslöser für Veränderungen im Überbau sind Veränderungen der Produktionsverhältnisse an der Basis. Gleichzeitig wirken diese auf die Basis zurück (Knoche 2020). Hierbei zeigt sich die elementare Bedeutung der *Rechtsverhältnisse* für die Sicherung des kapitalistischen Privateigentums.³

Im politisch-rechtlichen Überbau ist kennzeichnend: Über die allgemeine Eigentumsgarantie per Grundgesetz und entsprechende Rechtsverhältnisse (Abbildung 1 links oben) hinausgehend gilt für das Eigentum an Medienunternehmen eine dieses Eigentum legitimierende Garantie der Pressefreiheit (Abbildung 1 rechts oben). Im Bereich der gesellschaftlich-ökonomischen Basis herrscht die kapitalistische Produktionsweise mit entsprechenden Produktionsverhältnissen. Für Journalismus und Öffentlichkeit sowie für eigentumslose lohnabhängige Journalist*innen ist es äußerst nachteilig, dass weltweit wenige Familien die konzentrierte Medienindustrie über mehrere Generationen hinweg beherrschen (Knoche 2014), dies aufgrund des per Rechtsordnung geschützten, veräußer- und vererbaren *Privateigentums an Produktionsmitteln*. Davon abgeleitet sind:

- die *Produktionsverhältnisse* mit der alleinigen Verfügungsmacht über Arbeitsbedingungen, Arbeits- und Produktionsprozesse, Lohn- oder Gehaltszahlungen an Arbeitskräfte, darunter Journalist*innen, die permanent das *Kapitalverhältnis*, damit die bestehenden Herrschafts- und Machtverhältnisse, reproduzieren;
- die Rechte der alleinigen Bestimmung der wirtschaftlichen und publizistischen *Produktionsziele* sowie des entsprechenden Einsatzes der *Produktivkräfte* (Produktionsmittel und Arbeitskräfte), auch das Recht der alleinigen Bestimmung der Redaktionslinie, eingeschlossen Einzelanweisungen;

3 Auf die diesbezüglich relevante »marxistische Rechtstheorie« (AG Rechtskritik 2017; Paschukanis 2003; Paul 1974; Reich 1973; Rottleuthner 1975) kann ich im Rahmen dieses Beitrags leider nicht eingehen.

- die Rechte der alleinigen *Aneignung* der *Produkte* als Arbeitsergebnisse und der *Verwertung* dieser Produkte als *Waren*, Ausgangspunkte für Profiterzielung und Kapitalakkumulation, in der Regel verbunden mit persönlicher Reichtumsvermehrung.

3.2 Kapitalakkumulation, -konzentration, -zentralisation

Die Geeignetheit der Marx'schen wissenschaftlichen Denkweise und Analyse­methode lässt sich vortrefflich am Untersuchungsbereich Medienkonzentration demonstrieren. Für Marx ist der Zusammenhang von kapitalistischem Privateigentum an Produktionsmitteln mit der generellen Abfolge von Akkumulation, Konzentration und Zentralisation des Kapitals ein *Wesensmerkmal des Kapitalismus*. Es handelt sich erkennbar um einen systematischen, zwangsläufigen, nicht verhin­derbaren Prozess auf Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise.

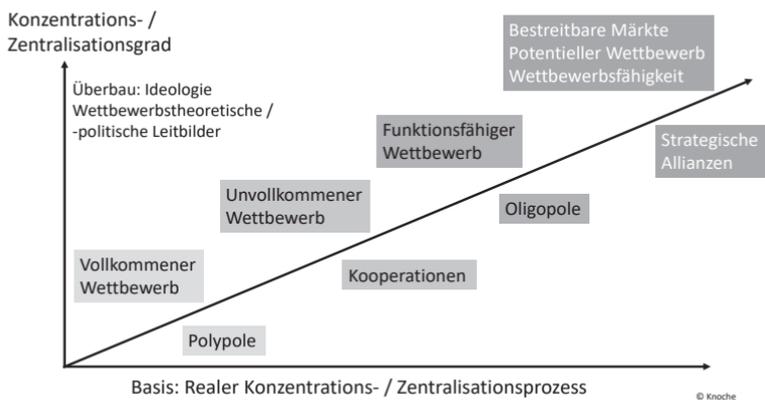


Abb. 2: Konzentrationsentwicklung und wettbewerbstheoretische Legitimierung (Knoche 2005a).

Auf dieser Basis gilt eine kritisch-empirische Medienkonzentrations­theorie anstelle der herrschenden apologetisch-normativen Wettbe­werbstheorie (Knoche 2005a; 2013b). Die Entwicklung wettbewerbs-

politischer Leitbilder im Überbau, verbunden mit der Entwicklung der Rechtsverhältnisse, ist real jeweils den Entwicklungsphasen des fortschreitenden Konzentrations- und Zentralisationsprozesses an der Basis legitimierend angepasst (Abbildung 2). In der Rückwirkung auf die Basis kommt es regelmäßig mehr zur Konzentrationsförderung anstelle der ständig propagierten Konzentrationskontrolle.

3.3 Ökonomische und politische Funktionen der Medienproduktion: Medienprodukte als Waren

Die ökonomischen Funktionen der medialen/journalistischen kapitalistischen Produktionsweise sind eng verbunden mit den *politischen/kulturellen* Funktionen. Aber letztere werden auch eigenständig inhaltlich erfüllt, weil sie eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der zentralen ökonomischen Funktion der Kapitalverwertung sind (Abbildung 3). Das Verhältnis Medien/Journalismus-Wirtschaftspolitik kann auf empirischer Basis als eine aufeinander abgestimmte »symbiotisch-strategische Realitätskonstruktion« (Knoche 1999b) charakterisiert werden.

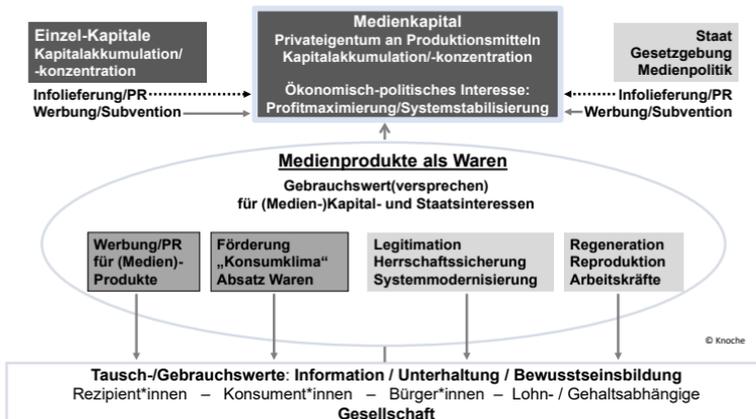


Abb. 3: Ökonomisch-politische Funktionen kapitalistischer Medienproduktion: Medienprodukte als Waren (Knoche 2014; leicht überarbeitet).

Die journalistische Gestaltung der Medienprodukte als Waren wird generell an übergeordneten *gemeinsamen* ökonomisch-politischen Interessen und zu gegenseitigem Nutzen der jeweils Mächtigen ausgerichtet. Ein elementares strategisches Ziel ist der Machterhalt und die dazu notwendige ökonomisch-politische Stabilität der dominanten gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Journalist*innen betätigen sich hierbei (unbewusst) strategisch als »System-Wächter«, zum Beispiel zur Erhaltung/Stärkung der Demokratie in der jetzigen Form und damit unter anderem gegen direkte Demokratie sowie linke oder rechte Parteien.

4 Alternativen: Sozialistische Medien und Öffentlichkeit

4.1 Kampf um Mitbestimmung und Innere Pressefreiheit

In den 1970er Jahren wurde im Kampf um journalistische bzw. redaktionelle Mitbestimmung eine – grundsätzlich illusionäre – Möglichkeit gesehen, die *publizistische* Verfügungsmacht der Medieneigentümer*innen zu begrenzen. Ziel war die Durchsetzung einer grundgesetzlich garantierten *subjektiven* Pressefreiheit für Journalist*innen in Medienunternehmen, die als »Innere Pressefreiheit« (Funke 1972) bezeichnet wurde. Beim Scheitern dieser Bemühungen auf allen Ebenen (innerbetrieblich, tarifvertraglich und gesetzlich) zeigte sich deutlich, wie stark – nachhaltig (!) unverändert fortwährend bis in die Gegenwart – die alleinige Verfügungsmacht des Medienkapitals politisch und juristisch abgesichert ist (Breede 1982). Ein gut dokumentiertes Musterbeispiel für das zwangsläufige Scheitern des Mitbestimmungskampfes ist die Auseinandersetzung um ein »Veto gegen Augstein« (Zeuner 1972) in der *Spiegel*-Redaktion von 1969 bis 1972, die vom Verleger Augstein durch die fristlose Kündigung von linken »Wortführern« beendet wurde.

Gleichermaßen wurde die Forderung nach Abschaffung des (bis heute gültigen) Tendenzschutzparagrafen des Betriebsverfassungsgesetzes (Paragraf 118) zurückgewiesen. Dieser begründet den Aus-

schluss *wirtschaftlicher* Mitbestimmung per Betriebsrat, was als un-
abdingbare Voraussetzung für die Sicherung von *institutioneller*
Pressefreiheit von Medieneigentümer*innen deklariert wird. Diese
könne nur durch eine uneingeschränkte alleinige publizistische Ver-
fügungsmacht als Realisierung der *subjektiven* Pressefreiheit der Me-
dieneigentümer*innen garantiert werden (Knoche und Zerdick 1977).

4.2 Alternative Eigentumsformen: Ent-Kapitalisierung und De-Kommodifizierung Journalismus und Öffentlichkeit

Aufgrund der zweifellos bestehenden gesellschaftlichen Machtver-
hältnisse ergeben sich gegenwärtig und in naher Zukunft keine rea-
len Anhaltspunkte für Möglichkeiten einer Abschaffung beziehungs-
weise Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums an
Produktionsmitteln im Medienbereich. Deshalb sind öffentliche
»Enteignet«-Rufe, wie sie während der 1968er Studentenbewegung
als »Enteignet Springer!« naiv erschallten, weitgehend aussichtslos.
Eine Enteignung im Medienbereich ist wegen der erhöhten politi-
schen, rechtlichen, ideologischen und ökonomischen Absicherung
praktisch nicht möglich, zumal dafür in der Bevölkerung, der Politik,
im Journalismus und in der Medien- und Kommunikationswissen-
schaft kaum Zustimmung zu finden ist.

Dennoch halte ich es für notwendig, die immensen Vorteile auf-
zuzeigen, die mit einer Aufhebung des (Familien-)Privateigentums
an Produktionsmitteln im Medienbereich gesamtgesellschaftlich und
für den Journalismus real verbunden wären. Abgeschafft würden die
in Abschnitt 3 skizzierten negativen Auswirkungen dieses Privatei-
gentums: die alleinige wirtschaftliche und publizistische Verfügungs-
und Kontrollmacht der Eigentümer*innen über die journalistisch
Arbeitenden (Arbeitskraft/-vermögen als Ware) und die inhaltliche
Gestaltung der Arbeitsprodukte sowie die alleinigen Verwertungs-
rechte für deren Arbeitsprodukte als Waren. Damit könnte auch par-
tiell der Konzentration des Privatvermögens als Reichtum von We-
nigen mit der damit verbundenen Machtstellung in der Gesellschaft
entgegengewirkt werden. Vor allem aber könnte eine mediale Öffent-

lichkeit befördert werden, die entscheidend weniger von den gemeinsamen wirtschaftlichen, politischen und publizistischen Interessen von kapitalistischen Medieneigentümer*innen sowie Wirtschaft und Politik bestimmt würde.

Eine derartige »Enteignung« wäre zwar eine *notwendige* Voraussetzung, aber nicht *hinreichend* für eine »Befreiung von kapitalistischen Geschäftsmodellen« (Knoche 2014), also einer Loslösung des etablierten bürgerlichen Journalismus aus der Sphäre kapitalistischer Warenproduktion. Denn zum Beispiel brächte eine Teilhabe der in den Medienunternehmen Arbeitenden am Privateigentum (Miteigentum/-besitz) zwar eine möglicherweise demokratische Verteilung der wirtschaftlichen und publizistischen Verfügungsrechte sowie der Verwertungsrechte und darüber eine gewisse Verteilung des Reichtums auf die Arbeitenden. Aber das grundsätzliche Problem der Warenförmigkeit medialer Produkte wäre damit keineswegs beseitigt, weil die ursprünglich abhängig Arbeitenden im eigenen Interesse noch stärker als zuvor die kapitalistische Warenproduktion realisierten.

Da eine Abschaffung des Privateigentums im Medienbereich real kaum möglich ist, kann als Gegengewicht zu den etablierten Medienunternehmen allenfalls eine *partielle* Ent-Kapitalisierung und De-Kommodifizierung des Journalismus beziehungsweise des Mediensystems auf Basis verschiedener Eigentumsformen (Knoche 2013a; 2014) gelingen. Als Grundlage hierfür (Leibiger 2022) dient die Marx'sche Unterscheidung in formelle und reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital (Marx 2009, 99–121), also der Unterordnung des Arbeits- und Produktionsprozesses unter Verwertungsbedingungen des Kapitals (Abbildung 4).

Beginnend mit der Studentenbewegung in der Bundesrepublik Deutschland Ende der 1960er Jahre gab es in den 1970er Jahren in Verbindung mit Neuen Sozialen Bewegungen und einer »neuen Linken« als Außerparlamentarischer Opposition (APO) vielfältige theoretische und praktische Anstrengungen zur Konstitution einer autonomen und authentischen Öffentlichkeit als *Gegenöffentlichkeit* zur herrschenden bürgerlichen Öffentlichkeit (Neumann 2008; Oy 2001; Stamm 1988). Kennzeichnend für die in diesem Kontext herausgegebenen Alternativ-Medien war ein aufklärerisch-selbstbefreiend-eman-

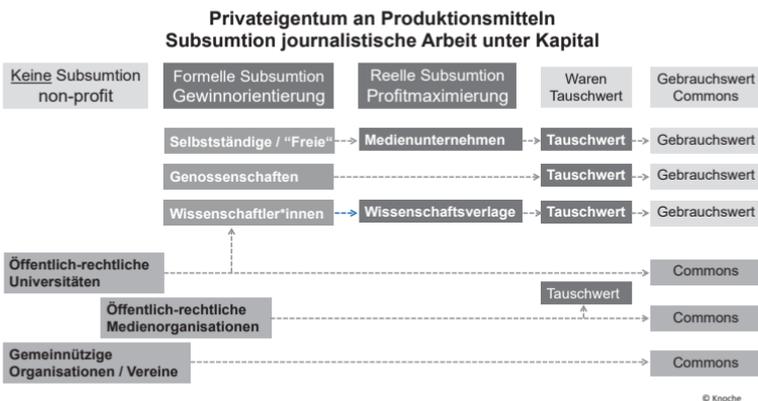


Abb. 4: Eigentumsformen: keine, formelle, reelle Subsumtion unter Kapital.

zipatorischer Impetus, basierend auf einer grundsätzlichen Anti-Haltung (unter anderem anti-autoritär, anti-etatistisch, gegen Repression, Manipulation und Kommerz) und verbunden mit Protest, Aktion, Rebellion, Revolte. Zentral war auch die praktische Umsetzung von »Theorien alternativen Wirtschaftens« (Notz 2022), die allerdings vorrangig der individuellen Realisierung von Nischen für *selbstbestimmte Arbeits- und Lebensformen* diene. Es mangelte an einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive, insbesondere an der Zielsetzung einer Überwindung kapitalistischer Medien- und Gesellschaftsverhältnisse. Eine im Rahmen dieses Beitrags nicht leistbare, vertiefende Erörterung der Gründe für das Scheitern dieser Alternativ-Medien ist eine wesentliche Bedingung für Theorie und Praxis zukünftiger Alternativen zur herrschenden Medienindustrie.

Mehrfach praktisch umgesetzt wurde das Modell der *Produktiv-Genossenschaften*. Deren Basis ist ein gemeinsames Privateigentum an Unternehmen der darin Arbeitenden, auch von Personen außerhalb des Unternehmens. Der entscheidende Vorteil gegenüber der kapitalistischen Eigentumsform besteht in der Aufhebung des Klassengegensatzes von Eigentum und Nicht-Eigentum (Notz 2021). Dementsprechend kann demokratische Selbstverwaltung praktiziert werden. Für Medien-Genossenschaften, wie sie gegenwärtig in Deutschland für *taz*, *Junge Welt* und *Neues Deutschland* existieren, beinhaltet dies

ein redaktionelles Mitbestimmungsrecht für Journalist*innen, welches ihnen in privat-kapitalistischen Medienunternehmen prinzipiell verwehrt ist. Zwar verfolgen Genossenschaften kein Profit-, aber ein Gewinnziel und müssen deshalb in ihrer inhaltlichen Gestaltung nach Marktprinzipien handeln. Die Möglichkeiten der Produktion sozialistischer Inhalte sind deshalb aufgrund der gegenwärtigen Marktverhältnisse für das *Neue Deutschland*, laut Genossenschaftssatzung eine »sozialistische Zeitung«, sehr beschränkt.

4.3 Wissenschaftspublikationen ohne kapitalistische Verlage: Ent-Kapitalisierung und De-Kommodifizierung

Bei der leidvollen, bislang erfolglosen Suche nach einem potenziellen »revolutionären Subjekt« gibt es immerhin für die universitäre Wissenschafts- beziehungsweise Wissensproduktion einen Hoffnungsschimmer. In diesem Bereich existiert eine real optimale Bedingung für eine umfassende Ent-Kapitalisierung und De-Kommodifizierung (Knoche 2020): die dafür entscheidende institutionelle Voraussetzung des öffentlich-rechtlichen Eigentums an Produktionsmitteln, dementsprechend prinzipiell *keine* Subsumtion der wissenschaftlichen Produktionsarbeit unter das Kapital (Abbildung 4). Es besteht also grundsätzlich keine Notwendigkeit, sich wie bisher den Wissenschaftsverlagen im Familien-Privateigentum und damit den Marktgesetzen der privaten Warenproduktion zu unterwerfen. Dies gilt vor allem für Digitalpublikationen, die als *Commons* frei und kostenlos weltweit verbreitet werden können, aber auch für Printpublikationen (mit Print-on-Demand), die kostengünstig an Universitäten produziert, zum Selbstkostenpreis verbreitet und zwischen Universitäts-Bibliotheken ausgetauscht werden können.

Mit Wissenschaftspublikationen ohne kapitalistische Verlage (Abbildung 5) als Diamond Open Access würde auch den Universitäten und ihren Bibliotheken geholfen, damit sie nicht wegen Steuergeldverschwendung angeklagt werden: Denn die Gesamtheit der mit viel Steuergeld finanzierten Arbeitsprodukte wird regelmäßig von einzelnen Universitätsangehörigen an die Verlage verschenkt oder sogar

gegen Honorar an diese geliefert. Noch dazu werden diese mit sehr viel Steuergeld durch die Universitätsbibliotheken als Waren von den Verlagen zurückgekauft. Inzwischen zahlen Universitäten und Förderinstitutionen regelmäßig sogar für Open-Access-Publikationen Steuergelder an die Verlage, bedauerlicherweise auch für den vorliegenden Band. Statt auf proprietären Verlags-Servern wäre eine kostenlose Veröffentlichung auf öffentlichen Repositorien möglich. Die Fördergelder könnten besser zur Bezahlung der mit der Herstellung der digitalen Produkte Beschäftigten verwendet werden.

Wenn so etwas Ähnliches beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk geschehen würde: Verschwendung von Rundfunkgebühren aufgrund regelmäßigen Verschenkens oder sogar gegen Honorar seiner Audio- und Videoprodukte von einzelnen Mitarbeiter*innen an privatwirtschaftliche Hörfunk- und Fernsehunternehmen und teures Zurück-Kaufen durch den Rundfunk. Unvorstellbar! Das würde große öffentliche Empörung hervorrufen und wäre schon längst abgestellt worden.

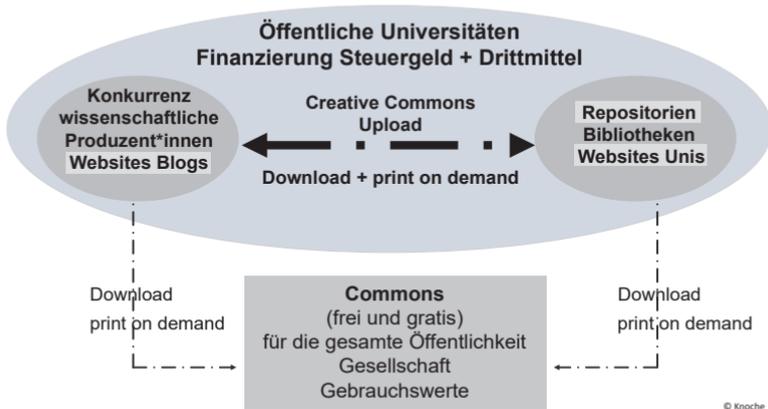


Abb. 5: Ent-Kapitalisierung und De-Kommodifizierung von Wissenschaftspublikationen: Diamond Open Access (Knoche 2020).

5 Fazit

Eine kritische theoretisch-empirische, auch historische Analyse der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse in der herrschenden Medienindustrie und deren Folgen für Journalismus und Öffentlichkeit führt auf Basis einer Kritik der politischen Ökonomie der Medien zu zwei wesentlichen Erkenntnissen: erstens die weitgehende grundsätzliche Nicht-Reformierbarkeit der journalistischen Produktion *innerhalb* der kapitalistischen Medienunternehmen im Familien-Privateigentum. Daraus folgt zweitens die Notwendigkeit der Realisierung inhaltlich »alternativer« journalistischer Produktion mithilfe von miteinander vernetzten Medienorganisationen auf Basis nicht-kapitalistischer Eigentumsformen, die aktiv in die Öffentlichkeit hineinwirken. Dies gilt unter der radikal-reformerischen Zielsetzung einer allmählichen Ent-Kapitalisierung und De-Kommodifizierung der journalistischen Medienproduktion als einer möglichen Bedingung für eine tendenzielle Überwindung der kapitalistischen hin zu einer *sozialistisch* geprägten Gesellschaftsformation als reale Utopie (Brie 2022).

Sowohl aus der theoretischen als auch der damit verbundenen empirisch-historischen Analyse ist zu erkennen: Die seit Jahrzehnten nahezu einheitlich von allen Seiten wiederholt kritisch vorgebrachten Reformvorschläge sind kaum erfüllt worden: Das verwundert nicht, denn es handelt sich dabei in der Regel entweder um gut gemeinte *abstrakte* Forderungen (etwa mehr Vielfalt, Konzentrationskontrolle, Qualitätsjournalismus und Innovation) oder moralisch-ethische Forderungen nach der Realisierung von Berufsrollen im Sinne eines konstruktiven, resilienten, disruptiven, lösungsorientierten, partizipativen und transformativen Journalismus. Ein Umdenken und entsprechendes Handeln konform ausgewählter Journalist*innen ist nicht zu erwarten. Eine Erfüllung dieser Forderungen wäre nur denkbar, wenn sie in das eigentumsbestimmte Geschäftsmodell als produktive Innovation integriert werden könnten, ohne die in Abschnitt 3,3 genannten Funktionsziele zur Stabilisierung des Kapitalismus zu gefährden.

Deshalb rege ich einen grundsätzlichen Ziel- und Strategiewechsel an: raus aus aussichtsloser, bürgerlich-liberaler Kritik-, Empörungs-,

Protest- und Hoffungsfall! Anstelle üblicher bürgerlicher Medienkritik mit Reformvorschlägen zur »Verbesserung« des bürgerlichen Journalismus könnte ein radikal-kritisches, im weitesten Sinne sozialistisches Denken und Handeln zur Entwicklung von kritischen Medien- und Gesellschaftstheorien sowie die Beteiligung an der Organisation einer *eigenständigen* Medienpraxis förderlich sein. Dies wäre eine Basis für eine Transformation zu einer sozialistischen Gesellschaftsformation (ohne negative Elemente des gescheiterten Re-Sozialismus).

Im Rahmen einer *nicht-revolutionären* Transformation *innerhalb* der bestehenden marktwirtschaftlichen, repräsentativ-parlamentarischen Demokratie gilt allerdings notgedrungen als Mindestfordernis: Die zentral und dezentral zu koordinierende, inhaltlich-formale Gestaltung eines Partei- und Medienangebots muss in der Öffentlichkeit so attraktiv und überzeugend bedürfnisorientiert sein, dass eine quantitative (!) Mehrheit der Wählenden von herrschenden bürgerlichen Medien und Parteien zu sozialistischen Medien und dementsprechend auch bei Parlamentswahlen zu einem sozialistischen Parteiangebot wechselt.

Literatur

- AG Rechtskritik (Hrsg.). 2017. *Rechts- und Staatskritik nach Marx und Paschukanis*. 2., durchgesehene Auflage, Berlin: Bertz und Fischer.
- Altmeppen, Klaus-Dieter. 2014. Der Journalismus ist kein Geschäftsmodell – und wird nie eines werden. In: *Journalismus ist kein Geschäftsmodell. Aktuelle Studien zur Ökonomie und Nicht-Ökonomie des Journalismus*, herausgegeben von Frank Lobigs und Gerret von Nordheim, 17–29. Baden-Baden: Nomos.
- Behrens, Diethard, und Kornelia Hafner. 2017. *Westlicher Marxismus: Eine Einführung*. Stuttgart: Schmetterling.
- Bohn, Rainer. 2021. *Marxistisches Denken: Philosophie – Gesellschaftsgeschichte – Ökonomie*. Baden-Baden: Tectum.
- Breede, Werner E. 1982. *Pressefreiheit und Redaktionsfreiheit. Im Fadenkreuz der streitbaren Demokratie: Zum Verhältnis von allgemeinem Presserecht und Arbeitsrecht für Redaktionsmitglieder*. Berlin: Spiess.
- Brie, Michael. 2022. *Sozialismus neu entdecken: Ein hellblaues Bändchen zu den Widersprüchen einer solidarischen Gesellschaft*. Hamburg: VSA.
- Brinkmann, Werner. 2004. *Sozialismus oder Kapitalismus? Die Auseinandersetzung*

- um die Wirtschaftskonzeption der deutschen Sozialdemokratie in den Jahren 1945 bis 1975 unter besonderer Berücksichtigung der Frage des Privateigentums an den Produktionsmitteln sowie der Einstellung zu einer staatlichen Steuerung der volkswirtschaftlichen Entwicklung. Norderstedt: Books on Demand.
- Elbe, Ingo. 2008. *Marx im Westen: Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965*. Berlin: Akademie.
- Ferschli, Benjamin, Daniel Grabner und Hendrik Theine. 2019. *Zur Politischen Ökonomie der Medien in Deutschland: Eine Analyse der Konzentrationstendenzen und Besitzverhältnisse*. ISW-Report 118. München: Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung.
- Fuchs, Christian. 2017a. Die Kritik der Politischen Ökonomie der Medien/Kommunikation: ein hochaktueller Ansatz. *Publizistik* 62 (3): 255–272. <https://doi.org/10.1007/s11616-017-0341-9>.
- Fuchs, Christian. 2017b. *Marx lesen im Informationszeitalter: Eine medien- und kommunikationswissenschaftliche Perspektive auf »Das Kapital. Band 1«*. Münster: Unrast.
- Fuchs, Christian. 2020a. *Kommunikation und Kapitalismus: Eine kritische Theorie*. München: UVK.
- Fuchs, Christian. 2020b. *Marx heute. Eine Einführung in die kritische Theorie der Kommunikation, der Kultur, der digitalen Medien und des Internets*. München: UVK.
- Fuchs, Christian, und Vincent Mosco (Hrsg.). 2016. *Marx and the Political Economy of the Media*. Leiden: Brill.
- Fuchs, Christian. 2023. Zur Kritik der Politischen Ökonomie des Digitalen Kapitalismus: Die Aktualität von Manfred Knoches Beitrag zur Kritik der Politischen Ökonomie der Medien und der Kommunikation. In: *Eigentum, Medien, Öffentlichkeit. Verhandlungen des Netzwerks Kritische Kommunikationswissenschaft*, herausgegeben von Selma Güney, Lina Hille, Juliane Pfeiffer, Laura Porak und Hendrik Theine, 76–95. Frankfurt am Main: Westend. <https://doi.org/10.53291/BWUB5365>.
- Funke, Klaus-Detlef. 1972. *Innere Pressefreiheit: Zu Problemen der Organisation von Journalisten*. Pullach bei München: Dokumentation.
- Gey, Peter. 1980. *Der Begriff des Eigentums bei Karl Marx: Zur Kritik des klassischen Eigentum-Paradigmas in der Theorie von Locke, Smith und Hegel*. Frankfurt am Main: Haag und Herchen.
- Hecker, Rolf. 2018. *Springpunkte: Beiträge zur Marx-Forschung und »Kapital«-Diskussion*. Berlin: Dietz.
- Heimeier, Katharina. 2013. *Eigentümerstrukturen deutscher Zeitungsverlage*. Berlin: Walter de Gruyter.
- Heinrich, Michael. 2005. *Kritik der politischen Ökonomie: Eine Einführung*. 3. Auflage, Stuttgart: Schmetterling.
- Hoff, Jan, Alexis Petrioli, Ingo Stützle und Frieder Otto Wolf (Hrsg.). 2006. *Das Kapital neu lesen – Beiträge zur radikalen Philosophie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Knoche, Manfred. 1972a. Das Märchen von der Vielfalt. In: *Wie links können Journalisten sein? Pressefreiheit und Profit*, von Berliner Autorenkollektiv Presse, 147–167. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

- Knoche, Manfred. 1972b. Der Leser als Marketing-Problem. In: *Wie links können Journalisten sein? Pressefreiheit und Profit*, von Berliner Autorenkollektiv Presse, 168–179. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Knoche, Manfred. 1978. *Einführung in die Pressekonzentrationsforschung: Theoretische und empirische Grundlagen – kommunikationspolitische Voraussetzungen*. Berlin: Spiess.
- Knoche, Manfred. 1999a. Das Kapital als Strukturwandler der Medienindustrie – und der Staat als sein Agent? Lehrstücke der Medienökonomie im Zeitalter digitaler Kommunikation. In: *Strukturwandel der Medienwirtschaft im Zeitalter digitaler Kommunikation*, herausgegeben von Manfred Knoche und Gabriele Siegert, 149–193. München: Fischer.
- Knoche, Manfred. 1999b. Symbiotisch-strategische Realitätskonstruktion: Der erstmalige Einzug der GRÜNEN in den Deutschen Bundestag 1983 als zeitgeschichtliches Schlüsselereignis für Politik und Medien. In: *Massenmedien und Zeitgeschichte*, herausgegeben von Jürgen Wilke, 427–441. Konstanz: UVK.
- Knoche, Manfred. 2001. Kapitalisierung der Medienindustrie aus politökonomischer Perspektive. *Medien & Kommunikationswissenschaft* 49 (2): 177–194.
- Knoche, Manfred. 2002. Kommunikationswissenschaftliche Medienökonomie als Kritik der Politischen Ökonomie der Medien. In: *Medienökonomie in der Kommunikationswissenschaft. Bedeutung, Grundfragen und Entwicklungsperspektiven. Manfred Knoche zum 60. Geburtstag*, herausgegeben von Gabriele Siegert, 101–109. Münster: LIT.
- Knoche, Manfred. 2005a. Medienkonzentration als Macht- und Legitimationsproblem für Politik und Wissenschaft: Kritisch-empirische Konzentrationstheorie versus apologetisch-normative Wettbewerbstheorie. In: *Internationale Partizipatorische Kommunikationspolitik: Strukturen und Visionen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Hans J. Kleinsteuber*, herausgegeben von Petra Ahrweiler und Barbara Thomaß, 117–140. Münster: LIT.
- Knoche, Manfred. 2005b. Medienökonomische Theorie und Ideologie im Kapitalismus: Einige zitatengestützte Überlegungen zu Marie Luise Kiefers »Medienökonomik« aus der Sicht einer Kritischen Politischen Ökonomie der Medien. In: *Bausteine einer Theorie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: Festschrift für Marie Luise Kiefer*, herausgegeben von Christa-Maria Ridder, Wolfgang R. Langenbacher, Ulrich Saxer und Christian Steininger, 406–453. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Knoche, Manfred. 2013a. Krisenhafte kapitalistische Produktionsweise als Triebkraft für Restrukturierungen und Transformationen (in) der Medienindustrie: Erklärende Theorieelemente einer Kritik der politischen Ökonomie der Medien. In: *Langfristiger Wandel von Medienstrukturen: Theorie, Methoden, Befunde*, herausgegeben von Wolfgang Seufert und Felix Sattelberger, 87–111. Baden-Baden: Nomos.
- Knoche, Manfred. 2013b. Medienkonzentration. In: *Mediensysteme im internationalen Vergleich*, herausgegeben von Barbara Thomaß, 2., überarbeitete Auflage, 135–160. Konstanz: UVK.
- Knoche, Manfred. 2014. Befreiung von kapitalistischen Geschäftsmodellen: Entkapi-

- talisierung von Journalismus und Kommunikationswissenschaft aus Sicht einer Kritik der politischen Ökonomie der Medien. In: *Journalismus ist kein Geschäftsmodell. Aktuelle Studien zur Ökonomie und Nicht-Ökonomie des Journalismus*, herausgegeben von Frank Lobigs und Gerret von Nordheim, 241–266. Baden-Baden: Nomos.
- Knoche, Manfred. 2020. Kritik der politischen Ökonomie der Wissenschaftskommunikation als Ideologiekritik: Open Access. In: *Ideologie, Kritik, Öffentlichkeit. Verhandlungen des Netzwerks Kritische Kommunikationswissenschaft*, herausgegeben von Uwe Krüger und Sebastian Sevignani, 152–187. Frankfurt am Main: Westend.
- Knoche, Manfred, und Axel Zerdick. 1977. Ökonomische Ausgangspunkte der Mitbestimmung in der Presse. In: *Pressefreiheit und Mitbestimmung*, herausgegeben von Klaus-Detlef Funke und Ernst Theilen, 15–28. Bonn: Neue Gesellschaft.
- Krämer, Ralf. 2015. *Kapitalismus verstehen: Einführung in die Politische Ökonomie der Gegenwart*. Hamburg: VSA.
- Krätke, Michael. 2017. *Kritik der politischen Ökonomie heute: Zeitgenosse Marx*. Hamburg: VSA.
- Leibiger, Jürgen. 2022. *Eigentum im 21. Jahrhundert: Metamorphosen, Transformationen, Revolutionen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Liedtke, Rüdiger. 1982. *Die versenkte Presse: Die Geschichte der Lizenzierung von Zeitungen nach 1945*. Berlin: Elefanten Press.
- Lobigs, Frank, und Gerret von Nordheim (Hrsg.). 2014. *Journalismus ist kein Geschäftsmodell. Aktuelle Studien zur Ökonomie und Nicht-Ökonomie des Journalismus*. Baden-Baden: Nomos.
- Marx, Karl. 1953 [1857/1858]. *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*. Rohentwurf. Berlin (DDR): Dietz.
- Marx, Karl. 1962 [1867, 1890]. *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band*. Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 23. Berlin (DDR): Dietz.
- Marx, Karl. 1989 [1894]. *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band*. 30. Auflage. Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 25. Berlin (DDR): Dietz.
- Marx, Karl. 2009. *Das Kapital 1.1. Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses. Zusammenfassung des ersten Bandes des »Kapitals«*. Entwurf. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl, und Friedrich Engels. 1990 [1846–1848]. *Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons »Philosophie des Elends«*. 11. Auflage. Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 4. Berlin (DDR): Dietz.
- Marx, Karl, und Friedrich Engels. 1990 [1845/46]. *Die deutsche Ideologie*. 9. Auflage. Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 3. Berlin (DDR): Dietz.
- Marx, Karl, und Friedrich Engels. 2015 [1859/60]. *Zur Kritik der politischen Ökonomie*. 12., überarbeitete Auflage. Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 13. Berlin: Dietz.
- Neumann, Arndt. 2008. *Kleine geile Firmen: Alternativprojekte zwischen Revolte und Management*. Hamburg: Edition Nautilus.
- Notz, Gisela. 2021. *Genossenschaften: Geschichte, Aktualität und Renaissance*. Stuttgart: Schmetterling.

- Notz, Gisela. 2022. *Theorien alternativen Wirtschaftens: Fenster in eine andere Welt*. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage, Stuttgart: Schmetterling.
- Oy, Gottfried. 2001. *Die Gemeinschaft der Lüge: Medien- und Öffentlichkeitskritik sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Paschukanis, Evgenij B. 2003. *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus: Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe*. Freiburg im Breisgau: Ça ira.
- Paul, Wolf. 1974. *Marxistische Rechtstheorie als Kritik des Rechts: Intention, Aporien und Folgen des Rechtsdenkens von Karl Marx – eine kritische Rekonstruktion*. Frankfurt am Main: Athenäum.
- Reich, Norbert. 1973. *Marxistische Rechtstheorie: Historische und aktuelle Diskussionen und Tendenzen*. Tübingen: Mohr.
- Reichelt, Helmut. 2008. *Neue Marx-Lektüre: Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Logik*. Hamburg: VSA.
- Römer, Peter. 1978. *Entstehung, Rechtsform und Funktion des kapitalistischen Privateigentums*. Köln: Pahl-Rugenstein.
- Rottleuthner, Hubert (Hrsg.). 1975. *Probleme der marxistischen Rechtstheorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rünzi, Herbert. 2019. *Mit Marx über Marx hinaus: Zur Kritik und Korrektur von Marx' Theorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Hamburg: Tredition.
- Sablowski, Thomas, Judith Dellheim, Alex Demirović, Katharina Pühl und Ingar Solty (Hrsg.). 2021. *Auf den Schultern von Karl Marx*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Sevignani, Sebastian. 2020. Kritische Politische Ökonomie. In: *Handbuch Medienökonomie*, herausgegeben von Jan Krone und Tassilo Pellegrini, 71–98. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS.
- Stamm, Karl-Heinz. 1988. *Alternative Öffentlichkeit: Die Erfahrungsproduktion neuer sozialer Bewegungen*. Frankfurt am Main: Campus.
- Stein, Kilian. 2018. *Das kapitalistische Privateigentum in Marx' »Kapital«: »Monsieur le Capital« und sein Bewusstseinszauber*. Norderstedt: Books on Demand.
- Tröger, Mandy. 2019. *Pressefrühling und Profit: Wie westdeutsche Verlage 1989/1990 den Osten eroberten*. Köln: Herbert von Halem.
- van der Linden, Marcel, und Karl Heinz Roth (Hrsg.). 2009. *Über Marx hinaus: Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts*. Berlin, Hamburg: Assoziation A.
- Zeuner, Bodo. 1972. *Veto gegen Augstein: Der Kampf in der »Spiegel«-Redaktion um Mitbestimmung*. Hamburg: Hoffmann und Campe.

Open Access

Dieser Beitrag erscheint unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>.